

furrerhugi.



Frühe Kindheit ist entscheidend

BERICHT

KANTONALE LEGISLATIVEN

Beobachtungszeitraum: Januar bis August 2017

furrerhugi. ag

Schauplatzgasse 39 | CH-3011 Bern | T +41 31 313 18 48 | F +41 31 313 18 49
Schützengasse 4 | CH-8001 Zürich | T +41 44 251 01 43
Avenue de l'Université 18 | CH-1005 Lausanne | T +41 21 312 16 86
Corso Elvezia 16 | Casella postale 5607 | CH-6901 Lugano | T +41 91 911 84 89
45, Square Ambiorix | B-1000 Bruxelles | T +32 2 235 00 20

info@furrerhugi.ch | www.furrerhugi.ch

1 EINLEITUNG

Der vorliegende Bericht über die politischen Geschäfte in den kantonalen Parlamenten im Bereich der frühen Kindheit soll den Koalitionsmitgliedern ermöglichen, spezifische regionalpolitische Aktivitäten zu unternehmen. Er gibt eine Übersicht über die wichtigsten Geschäfte, ordnet diese in den Kontext von Ready! ein und gibt eine Handlungsempfehlung ab. Zudem wird eine Gesamtübersicht aller Geschäfte in Form einer Übersichtstabelle am Ende des Berichts erstellt. Da die kantonalen Parlamente in den 26 Kantonen zu unterschiedlichen Daten tagen, wird dieser Bericht 4 Mal pro Jahr erstellt. Er folgt somit nicht einem starren Sessionskalender. Der kantonale Bericht wird immer zwischen den nationalen Sessionen erscheinen (Februar, Juni, September, November).

Der erste Bericht geht auf die Periode Januar bis August 2017 ein. Das vorherrschende Thema betraf das Angebot an familienergänzenden Betreuungsangeboten und die Belastung bzw. staatliche Unterstützung der Eltern für die anfallenden Kosten für die Krippenplätze.

Da die Berichtsperiode mit dem Entscheid der eidgenössischen Räte zu den [Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung](#) zusammenfiel (weitere Subventionen seitens des Bundes für Betreuungsangebote im Umfang von knapp 100 Mio. Fr.), war das wichtigste Thema in den kantonalen Parlamenten die Anpassung der Rahmenbedingungen, so dass diese Finanzhilfen effektiv in Anspruch genommen werden können bzw. die Aufforderung an den Regierungsrat, dass er entsprechende Initiativen lanciert– denn diese sind gekoppelt an ein finanziell gleichwertiges Engagement der Kantone oder der Gemeinden. Relativ selten stand hingegen die Qualität des Angebots der familienergänzenden Betreuung im Fokus.

Zu erwähnen sind aber auch Vorstösse, die die Erziehungskompetenzen der Eltern verbessern wollten und darauf abzielten, Integrationsmassnahmen für Menschen in prekären Lebenssituationen besser nutzbar zu machen. Schliesslich wurde in zwei Kantonen auch die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs gefordert.

Die Anfragen und Geschäfte gehen in die von Ready unterstützte Richtung, es gab in dieser Berichtsperiode keine Vorstösse, die den Interessen der Kampagne diametral entgegenstanden. Dazu muss aber auch gesagt werden, dass die Vorstösse fast immer aus dem links-grünen oder christdemokratischen Lager stammten. Hier zeigen sich auch wieder die Grenzen der Politik der frühen Kindheit, sie bleibt auf die üblichen Vertreter aus den familienfreundlichen Parteien beschränkt.

2 WICHTIGE LAUFENDE UND PENDENTE VORSTÖSSE

Vereinbarkeit Beruf und Familie

In diesem Themenbereich sind zwei Vorstösse hervorzuheben aus den Kantonen Sankt Gallen und Waadt. Während die [Interpellation der SP und der Grünen aus Sankt Gallen](#) darauf abzielt die finanzielle Belastung der Eltern für familienergänzende Kinderbetreuung mittels der Finanzhilfen des Bundes zu senken, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, geht die [Interpellation der GLP Waadt](#) in eine andere Richtung. Die Interpellantin möchte vom Regierungsrat wissen, welche Erfahrungen mit der Einarbeitung in der öffentlichen Verwaltung im Jahr 2013 gemacht worden sind. Insbesondere möchte sie wissen, wie das Angebot auf den verschiedenen Funktionsstufen genutzt worden ist.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Die grösste Masse an Vorstössen betraf Themenbereiche, die die finanzielle Belastung der Eltern für die familienergänzende Betreuung senken möchten. Einige dieser Vorstösse zielten darauf ab, die Finanzhilfen des Bundes rasch beanspruchen zu können, indem sie den Kanton aufforderten, aktiv zu werden, da die Bundesgelder nur bei Engagement der Kantone oder Gemeinden gesprochen werden können. Dies betraf die [Interpellation der CVP Basel-Landschaft](#), die [Motion der SP Uri](#), die [Motion der AL Zürich](#), die beiden Interpellationen der GLP Aargau ([1](#) und [2](#)) sowie die [Anfrage der SP Graubünden](#).

Eine [Interpellation der GP Basel-Landschaft](#) verlangt vom Regierungsrat detaillierte Information, um die Entwicklungen des Angebots bezüglich Menge, Vielfalt und Qualität besser abschätzen zu können. Der Interpellant möchte dabei namentlich auch einen Vergleich mit den Nachbarkantonen erstellen und geht vertieft auf die Frage der Qualität in den Kitas ein.

Die CVP Sankt Gallen erkundigt sich in ihrer [Interpellation](#) nach der Bewilligungspraxis im Bereich der Kinderbetreuung, den nötigen Qualifikationen des Personals und der erwarteten Kostenentwicklung. Der Regierungsrat antwortet, dass übertriebene Standards und Anforderungen den Angebotsausbau erschweren und verteuern würden. Ziel dieser Standards ist es, das Wohl des Kindes zu schützen. Obwohl die Regierung eingesteht, dass die Kosten für die familienexterne Kinderbetreuung hoch sind, seien die Vollkosten einer Kita in der Schweiz im Schnitt nicht höher als in Nachbarländern.

Chancengerechtigkeit

Die [Interpellation der CVP Sankt Gallen](#) zielt darauf ab, die Kompetenz der Eltern bei der Kindererziehung zu erhöhen. Der Kanton St. Gallen bietet zwar heute schon Elternbildungskurse an, welche aber nur von den wenigsten Eltern wahrgenommen und besucht werden laut den Interpellanten. Damit die Eltern ihrer Erziehungspflicht nachkommen, schlagen sie vor, dass man beispielsweise Eltern, die im Jahr fünf Erziehungskurse besuchten, mit einer Bildungsgutschrift von 100 Franken finanziell unterstützen könnte.

Familienpolitik

Zwei Motionen aus den jeweiligen SP-Fraktionen der Kantone [Bern](#) und [Baselland](#) verlangen, dass ein Vaterschaftsurlaub eingeführt wird. Während in Bern zwei Wochen gefordert werden, sind es in Baselland vier.

Fachkräftemangel

Eine [Anfrage der SP-Fraktion Luzern](#) möchte vom Regierungsrat wissen, wie er sich gegenüber unverhältnismässig langen Praktika vor dem Einstieg in die Ausbildung zur Fachfrau/Fachmann Betreuung stellt. Denn laut dem Autor würde die grosse Mehrheit der Lernenden «Fachfrau/Fachmann Betreuung FaBe» vor ihrem Einstieg in die berufliche Grundbildung ein bis zwei Praktika absolvieren.

Armutsbekämpfung

Eine [Motion der SVP Bern](#) verlangt vom Regierungsrat, die Rahmenbedingungen so anzupassen, dass auch alleinerziehende Sozialhilfebeziehende an Beschäftigungs- und Integrationsprogrammen teilnehmen können. Der Regierungsrat teilt die Ansicht des Motionärs und möchte verhindern, dass alleinerziehende Sozialhilfebeziehende nicht an Integrationsangeboten teilnehmen können, weil sie keine Lösung für die Betreuung ihrer Kinder haben. Er prüft mögliche Anpassungen.

3 ALLE GESCHÄFTE (PENDENTE, LAUFENDE UND ERLEDIGTE)

Abdeckung durch Kinderärzte	SP	Solothurn	Antwort der Regierung, 22.08.2017
Entwicklungspotenzial im Betreuungsangebot	CVP, GLP	Sankt Gallen	Antwort der Regierung, 15.08.2017
Formation supérieure en éducation de l'enfance, à Fribourg	SP	Freiburg	Eingereicht
Mit Deutschkursen und Kinderbetreuung die Integration fördern	SP	Schwyz	Antwort der Regierung
Flächendeckendes Angebot von Tagesstrukturen in der Stadt Basel	SP	Basel-Stadt	Antwort der Regierung
Verbesserungen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Elterntarife für Kinderkrippen müssen sinken	SP, GP	Sankt Gallen	Antwort der Regierung

Vernehmlassung Gesetzesentwurf Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien	CVP	Freiburg	Eingereicht
Weiterführung der Bildungslandschaften	SP	Basel-Stadt	Eingereicht
Modification de la loi sur les structures d'accueil extrafamilial de jour (LStE) - Nouvel alinéa à l'article 13 (Soutien à l'encadrement particulier)	FDP, SVP	Freiburg	Eingereicht
Effektive Befähigung der Lehrpersonen ohne Akademisierung des Lehrerberufs auf Vorschul- und Primarstufe	CVP	Aargau	Regierung beantragt Abschreibung
«Ja zu Lehrplänen mit klar definierten Stoffinhalten und Themen»: Gegenvorschlag des Regierungsrates		Basel-Landschaft	Eingereicht
Bildungsbericht Nordwestschweiz 2017		Basel-Landschaft	Eingereicht
Regenbogenfamilien	SP	Basel-Landschaft	Antwort der Regierung
Aufklärungsbuch «Lisa und Jan» im Lehrplan 21	EDU	Zürich	Eingereicht
Freie Wahl des Unterrichtsmodells	-	Basel-Stadt	Eingereicht
Masterstudium für Kindergartenlehrkräfte	FDP	Zürich	Erledigt
Faire 100-Prozent-Anstellungen für Kindergartenlehrpersonen	EVP, AL, SP	Zürich	Eingereicht
Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung	AL	Zürich	Eingereicht, 26.06.2017
Assistenza, assegni famigliari integrativi e assegni famigliari di prima infanzia	SP	Tessin	Eingereicht
Rapporto del Consiglio di Stato sull'iniziativa parlamentare 23 gennaio 2017 presentata nella forma elaborata da Pelin Kandemir Bordoli e Ivo Durisch per la modifica degli artt. 47, 51 e 52 della Legge sugli assegni di famiglia		Tessin	Eingereicht
Bundesbeschluss über Finanzhilfen für die Erhöhung von kantonalen und kommunalen Subventionen für die familienergänzende Kinderbetreuung zur besseren Abstimmung des Betreuungsangebotes auf die Bedürfnisse der Eltern	GLP	Aargau	Eingereicht, 20.06.2017
Finanzierungshilfe des Bundes für familienergänzende Kinderbetreuung	GLP	Aargau	Eingereicht, 20.06.2017

Konzepterarbeitung, die Möglichkeit der verbindlichen Einbindung der Eltern- und Familienarbeit bei vermuteten Entwicklungsdefiziten zu Beginn der Volksschulzeit	CVP	Aargau	Eingereicht
Bessere Kostendeckung bei Tagesschulen	SVP	Bern	Eingereicht
Förderung betriebseigener Kitas und Betreuungsangebote	SP	Basel-Landschaft	Erledigt / abgelehnt
Qualitätssteigerung in den KITAs	SP	Basel-Landschaft	Erledigt / abgelehnt
Finanzhilfe für bedürfnisgerechte Kinderbetreuung	SP	Graubünden	Eingereicht, 14.06.2017
Familienfreundlicher Kanton Bern: Zwei Wochen Vaterschaftsurlaub für alle!	SP, EVP, GLP, GP	Bern	Regierung beantragt Ablehnung
Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen		Thurgau	Eingereicht
Sauvegarder les prérogatives des prestataires privés en matière de pédagogie spécialisée	SVP	Waadt	Eingereicht
Kinderbetreuung in Beschäftigungs- und Integrationsprogrammen	SVP, GP, EVP	Bern	Motion angenommen
Erziehungskompetenz von Eltern fördern mit Bildungsgutscheinen	CVP	Sankt Gallen	Eingereicht
Wie weiter mit der Frühförderung?	SVP, SP, CVP	Sankt Gallen	Eingereicht
Reduktion Beschäftigungsgrad bei familiären Verpflichtungen	SP	Schaffhausen	keine Erheblicherklärung (erledigt)
Einige Eltern brauchen dringendst Hilfe!	SP, PSA	Bern	Eingereicht
Kindergarten- und Primarlehrpersonenbildung	FDP	Aargau	Antwort der Regierung
Einsatz von Praktikantinnen/Praktikanten in Kindertagesstätten	SP	Bern	Eingereicht
Ganztagesschulen	SP	Bern	Eingereicht
Frühe Förderung zu Gunsten der Kinder in allen Regionen!	SP, PSA	Bern	Eingereicht
«Günstigere familienexterne Betreuung von Kindern auch in Uri!»	SP	Uri	Eingereicht, 22.05.2017
Des enfants non scolarisés dans le canton de Vaud ?		Waadt	Eingereicht

Familienergänzenden Betreuung – Beiträge des Bundes	CVP	Basel-Landschaft	Eingereicht, 18.05.2017
Über die hohen beruflichen Einstiegshürden für Fachfrau/Fachmann Betreuung durch lange Praktika in der Fachrichtung Kinder	SP	Luzern	Eingereicht
Ideales Lebensumfeld für Familien – Anpassung der Familienzulagen		Schaffhausen	Eingereicht
Familiengerechte Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen	SP	Basel-Stadt	Eingereicht
Regulierungsfolgenabschätzung «Familien»	GPS, EVP	Basel-Landschaft	Eingereicht
«Initiative Beruf & Familie (Tageschulen 7to7)»		Schaffhausen	Eingereicht
Tätigkeiten der Lehrpersonen im Rahmen der integrativen Förderung	SP, FDP, CVP	Zürich	Eingereicht
Betreuung kranker Kinder	SP	Basel-Landschaft	Eingereicht
Kitas im Kanton Baselland	EVP, GP	Basel-Landschaft	Eingereicht
Update Familienbericht	SP	Basel-Landschaft	Eingereicht, abgesetzt
Einführung eines vierwöchigen Vaterschaftsurlaubs!	SP	Basel-Landschaft	Eingereicht
Promouvoir le télétravail afin de faciliter la conciliation vie familiale-vie professionnelle et notamment le travail féminin : quel bilan dans la fonction publique vaudois	GLP	Waadt	Eingereicht
Più reddito a disposizione per le famiglie: creazione di un'indennità di fr. 2'000.- annui per famiglie residenti in Ticino con figli a carico	SP	Tessin	Eingereicht
E le deduzioni per figli allo studio?	SP	Tessin	Eingereicht
Subsides à l'assurance maladie et Loi sur l'accueil de jour des enfants - Quelles conséquences en cas de refus de la RIE III fédérale ?	FDP	Waadt	Eingereicht
Modifica della Legge sugli assegni di famiglia del 18 dicembre 2008	SP	Tessin	Eingereicht

